

kfd setzt klares Zeichen gegen Rechts

Von Sabine Polster

22. September 2020, 10:00

Düsseldorf/Mainz. Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) hat in ihrer Bundesversammlung am vergangenen Wochenende einstimmig beschlossen, dass eine Mitgliedschaft in der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) nicht mit einer Mitgliedschaft in der kfd vereinbar ist.

Der größte katholische Frauenverband Deutschlands positioniert sich damit klar gegen Rechtspopulismus, Rassismus und überholte Geschlechterrollen. „Mit dem heutigen Beschluss zeigen wir, dass wir für eine vielfältige, offene und geschlechtergerechte Gesellschaft stehen und uns klar gegen populistische Tendenzen von rechts einsetzen“, sagt Mechthild Heil, kfd-Bundesvorsitzende. „Die Positionen der kfd stehen konträr zu denen der AfD.“

Die AfD grenze sich nicht klar gegen Rechtsextremismus ab, so Heil. Die kfd hingegen setzt sich in ihrer Arbeit für interkulturellen und interreligiösen Dialog ein und versteht sich als aktiver Teil der deutschen Zivilgesellschaft, der die Demokratie stärkt und friedliches Miteinander fördert.

Während die kfd sich für eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen einsetzt – und somit für eine gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an Erwerbs- und Sorgearbeit – steht die AfD für ein veraltetes Rollenbild von Frauen und spricht sich gegen die Förderung von Aktionen aus, die eine gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zum Ziel haben, sowie gegen Quotenregelungen in der Arbeitswelt. Mechthild Heil: „Ein solch rückständiges Frauenbild akzeptieren wir nicht und stellen uns dem klar entgegen.“

Für die kfd ist das Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz ein zentrales Thema. Sie tritt für die Bewahrung der Schöpfung ein und setzt sich aktiv für Nachhaltigkeit ein. Die AfD hingegen fordert die Kündigung des Pariser Klimaabkommens und die Aufhebung des Klimaschutzplans der Bundesregierung. „Die AfD leugnet die Verantwortung des Menschen für den Klimawandel. Eine Position, die nicht mit unserer vereinbar ist“, sagt Mechthild Heil.

Die kfd ruft ihre Mitglieder und alle Katholik*innen auf, sich auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2021 aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung und gegen Rechtspopulismus einzusetzen. „Wir nehmen damit unsere Verantwortung als großer katholischer Frauenverband wahr und zeigen, dass christliche Werte nicht mit den Werten der AfD vereinbar sind“, so Heil.

Mit dem heutigen Beschluss reiht sich die kfd ein in das Engagement von Prof. Dr. Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und verschiedener Bischöfe, die sich klar gegen die AfD positionieren. Auch andere katholische Bundesverbände wie der Bund der Katholischen Jugend (BDKJ) und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) haben bereits Unvereinbarkeitsbeschlüsse verabschiedet.